

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Marlies Kohnle-Gros (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

### Ankündigung von Kürzungen bei der Schwangerschaftskonfliktberatung

Die **Kleine Anfrage 1924** vom 27. September 2013 hat folgenden Wortlaut:

Die Abgeordneten erreichen nach der Ankündigung der Landesregierung, bei der Schwangerschaftskonfliktberatung Kürzungen der nach § 4 Abs. 3 des Gesetzes zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten (SchKG) gesetzlich vorgeschriebenen angemessenen öffentlichen Förderung vorzunehmen, Briefe und Anrufe von Trägern der Beratungsstellen. Tatsächlich bedeutet das für die Träger, dass sie Stellen in der Schwangerschaftskonfliktberatung abbauen und damit evtl. auch Beratungsstellen ganz geschlossen werden müssen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Träger stellen im Land die gesetzlich vorgeschriebene Schwangerschaftskonfliktberatung an welchen Orten mit je wie vielen Stellen sicher?
2. Kann die Landesregierung Angaben über die Zahl der Beratungen bzw. Hilfe suchenden Frauen bei den einzelnen Beratungsstellen im Vergleich der letzten fünf Jahre machen?
3. Wo sieht die Landesregierung Einsparpotenziale?
4. Wie soll damit für hilfesuchende Frauen die (örtliche) Erreichbarkeit eines pluralen Angebots und die Möglichkeit für eine unverzügliche Beratung gesichert bleiben?
5. Welche Auswirkungen hätten die Streichungen für die einzelnen Träger?

Das **Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 22. Oktober 2013 wie folgt beantwortet:

Zur Frage 1:

Das Land fördert bei 80 Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen 116 Beratungsfachkräfte (Vollzeitäquivalentstellen). Träger dieser Beratungsstellen sind für die Schwangerschaftskonfliktberatung (Beratung mit Beratungsschein, der für die Vornahme eines Schwangerschaftsabbruchs Voraussetzung ist) Pro Familia, Evangelische Kirche/Diakonisches Werk, Donum Vitae und Frauenwürde. Träger der allgemeinen Schwangerschaftsberatung (ohne Ausstellung eines Beratungsscheins) sind Caritas und Sozialdienst katholischer Frauen. Die Förderung erfolgt in Höhe von 80 % der Fachpersonalkosten (50 % Landesförderung, 30 % kommunale Förderung).

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Träger der Beratungsstellen sowie die geförderten Vollzeitstellen im Jahr 2012:

lfd. Nr.	Träger	Ort Beratungsstelle	Kreisverwaltung/ Stadtverwaltung	Stellen in Vollzeit- äquivalenten
1	Caritas	Andernach	Kreisverwaltung Mayen-Koblenz	0,93
2	Caritas	Bad Kreuznach	Kreisverwaltung Bad Kreuznach	1,72
3	Caritas	Bad Neuenahr	Kreisverwaltung Ahrweiler	1,64
4	Caritas	Bernkastel	Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich	0,82
5	Caritas	Betzdorf	Kreisverwaltung Altenkirchen	1,64
6	Caritas	Bingen	Kreisverwaltung Mainz-Bingen	1,26
7	Caritas	Bitburg	Kreisverwaltung Bitburg-Prüm	1,32
8	Caritas	Bodenheim	Kreisverwaltung Mainz-Bingen	0,84
9	Caritas	Boppard	Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück-Kreis	0,82
10	Caritas	Cochem	Kreisverwaltung Cochem-Zell	1,06
11	Caritas	Daun	Kreisverwaltung Vulkaneifel	1,19
12	Caritas	Idar-Oberstein	Kreisverwaltung Birkenfeld	0,41
13	Caritas	Kaiserslautern	Stadtverwaltung Kaiserslautern	1,22
14	Caritas	Lahnstein	Kreisverwaltung Rhein-Lahn-Kreis	0,45
15	Caritas	Landau	Stadtverwaltung Landau	0,89
16	Caritas	Ludwigshafen	Stadtverwaltung Ludwigshafen	1,60
17	Caritas	Mayen	Kreisverwaltung Mayen-Koblenz	0,82
18	Caritas	Montabaur	Kreisverwaltung Westerwaldkreis	1,36
19	Caritas	Neustadt	Stadtverwaltung Neustadt	0,39
20	Caritas	Neuwied	Kreisverwaltung Neuwied	1,95
21	Caritas	Pirmasens	Stadtverwaltung Pirmasens	0,80
22	Caritas	Prüm	Kreisverwaltung Bitburg-Prüm	0,41
23	Caritas	Simmern	Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück-Kreis	0,82
24	Caritas	Wittlich	Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich	0,82
25	Caritas	Worms	Stadtverwaltung Worms	1,61
26	Caritas	Zweibrücken	Stadtverwaltung Zweibrücken	0,39
27	Diakonie	Altenkirchen	Kreisverwaltung Altenkirchen	2,00
28	Diakonie	Alzey	Kreisverwaltung Alzey-Worms	1,00
29	Diakonie	Bad Bergzabern	Kreisverwaltung Südliche Weinstraße	0,25
30	Diakonie	Bad Dürkheim	Kreisverwaltung Bad Dürkheim	0,75
31	Diakonie	Bad Ems	Kreisverwaltung Rhein-Lahn-Kreis	0,75
32	Diakonie	Bad Kreuznach	Kreisverwaltung Bad Kreuznach	2,65
33	Diakonie	Frankenthal	Stadtverwaltung Frankenthal	1,50
34	Diakonie	Germersheim	Kreisverwaltung Germersheim	1,25
35	Diakonie	Grünstadt	Kreisverwaltung Bad Dürkheim	0,75
36	Diakonie	Idar-Oberstein	Kreisverwaltung Birkenfeld	1,00
37	Diakonie	Kaiserslautern	Stadtverwaltung Kaiserslautern	1,00
38	Diakonie	Kirchheimbolanden	Kreisverwaltung Donnersbergkreis	1,75
39	Diakonie	Koblenz	Stadtverwaltung Koblenz	1,89
40	Diakonie	Kusel	Kreisverwaltung Kusel	0,50
41	Diakonie	Landau	Stadtverwaltung Landau	1,00
42	Diakonie	Landstuhl	Kreisverwaltung Kaiserslautern	0,50

lfd. Nr.	Träger	Ort Beratungsstelle	Kreisverwaltung/ Stadtverwaltung	Stellen in Vollzeit- äquivalenten
43	Diakonie	Lauterecken	Kreisverwaltung Kusel	0,50
44	Diakonie	Limburgerhof	Kreisverwaltung Rhein-Pfalz-Kreis	0,50
45	Diakonie	Ludwigshafen	Stadtverwaltung Ludwigshafen	2,00
46	Diakonie	Mainz	Stadtverwaltung Mainz	2,05
47	Diakonie	Neustadt	Stadtverwaltung Neustadt	2,00
48	Diakonie	Neuwied	Kreisverwaltung Neuwied	1,45
49	Diakonie	Obermoschel	Kreisverwaltung Donnersbergkreis	0,25
50	Diakonie	Otterbach	Kreisverwaltung Kaiserslautern	0,50
51	Diakonie	Pirmasens	Stadtverwaltung Pirmasens	2,00
52	Diakonie	Rockenhausen	Kreisverwaltung Donnersbergkreis	0,25
53	Diakonie	Simmern	Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück-Kreis	1,00
54	Diakonie	Speyer	Stadtverwaltung Speyer	2,00
55	Diakonie	Trier	Stadtverwaltung Trier	2,76
56	Diakonie	Westerburg	Kreisverwaltung Westerwaldkreis	1,25
57	Diakonie	Worms	Stadtverwaltung Worms	1,25
58	Diakonie	Zweibrücken	Stadtverwaltung Zweibrücken	1,25
59	Donum Vitae	Bad Neuenahr	Kreisverwaltung Ahrweiler	1,00
60	Donum Vitae	Bitburg	Kreisverwaltung Bitburg-Prüm	1,00
61	Donum Vitae	Boppard	Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück-Kreis	1,00
62	Donum Vitae	Cochem	Kreisverwaltung Cochem-Zell	0,83
63	Donum Vitae	Landstuhl	Kreisverwaltung Kaiserslautern	1,50
64	Donum Vitae	Ludwigshafen	Stadtverwaltung Ludwigshafen	1,00
65	Donum Vitae	Montabaur	Kreisverwaltung Westerwaldkreis	1,00
66	Frauenwürde	Lahnstein	Kreisverwaltung Rhein-Lahn-Kreis	1,00
67	Frauenwürde	Neuwied	Kreisverwaltung Neuwied	1,00
68	Profa	Gerolstein	Kreisverwaltung Vulkaneifel	2,03
69	Profa	Hachenburg	Kreisverwaltung Westerwaldkreis	2,03
70	Profa	Idar-Oberstein	Kreisverwaltung Birkenfeld	1,56
71	Profa	Kaiserslautern	Stadtverwaltung Kaiserslautern	2,88
72	Profa	Koblenz	Stadtverwaltung Koblenz	4,18
73	Profa	Landau	Stadtverwaltung Landau	2,67
74	Profa	Ludwigshafen	Stadtverwaltung Ludwigshafen	3,23
75	Profa	Mainz	Stadtverwaltung Mainz	6,49
76	Profa	Trier	Stadtverwaltung Trier	4,16
77	SKF	Koblenz	Stadtverwaltung Koblenz	1,80
78	SKF	Landstuhl	Kreisverwaltung Kaiserslautern	1,22
79	SKF	Mainz	Stadtverwaltung Mainz	2,90
80	SKF	Trier	Stadtverwaltung Trier	4,89
<b>Gesamt 116,10</b>				

Zur Frage 2:

Die Zahl der Beratungen bzw. Hilfe suchenden Frauen wurde bisher für Rheinland-Pfalz statistisch nicht einheitlich erfasst. Die Träger dokumentieren in den jährlichen Sachberichten, die als Nachweis für die Verwendung der Fördermittel erstellt werden, ihre Beratungsfälle. Diese wurden bisher allerdings nicht vergleichend ausgewertet.

Anhand der vorgelegten Sachberichte wertet das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung derzeit die entsprechenden Angaben für das Jahr 2012 vergleichend aus. Dies wird voraussichtlich Ende des Jahres abgeschlossen sein. Die Träger der Schwangerschafts(konflikt)beratungsstellen werden anschließend noch einmal Gelegenheit haben, zu ihrer spezifischen Situation Stellung zu nehmen.

Zur Frage 3:

Nach den §§ 3 und 8 des Gesetzes zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten in Verbindung mit § 4 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten haben die Länder dafür Sorge zu tragen, dass für je 40 000 Einwohnerinnen und Einwohner mindestens eine vollzeitbeschäftigte Beraterin oder ein Berater bzw. eine entsprechende Zahl von Teilzeitbeschäftigten zur Verfügung stehen (Versorgungsschlüssel). Bei rund 4 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern in Rheinland-Pfalz müssten demnach 100 Beratungskräfte eingesetzt werden. Das Land fördert derzeit rund 116 Vollzeitstellen in den Beratungsstellen und liegt damit rund 16 Vollzeitstellen über dem geforderten Mindestschlüssel.

Aufgrund notwendiger Konsolidierungsmaßnahmen ist eine bedarfsorientierte Stellenrückführung auf dieses Mindestmaß insbesondere unter Beachtung der Vorgaben der angemessenen Entfernung der Beratungsstelle zum Wohnort der Schwangeren und der weltanschaulichen Pluralität erforderlich.

Es ist bislang noch keine Entscheidung getroffen worden, an welcher Stelle eine Rückführung der Förderung erfolgen soll. Die Entscheidung erfolgt in enger Abstimmung mit den Kommunen. Mit den Trägern der Schwangerschafts(konflikt)beratungsstellen wurden bereits mehrere Gespräche geführt. Die Gespräche mit den Kommunen beginnen 2014. Auch die Träger der Schwangerschafts(konflikt)beratungsstellen werden noch einmal Gelegenheit haben, zu ihrer spezifischen Situation Stellung zu nehmen.

Zur Frage 4:

Die geplanten Neuregelungen im Landesgesetz zur Ausführung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes und anderer Gesetzes sieht ausdrücklich die Kriterien Pluralität und Wohnortnähe vor. Darüber hinaus sollen weitere Bedarfskriterien, wie die Qualität der Beratung und Wirtschaftlichkeit, mit aufgenommen werden. Eine bedarfsgerechte Ausstattung des Landes mit Beratungsstellen – wie es auch der Bundesgesetzgeber fordert – wird damit weiterhin garantiert.

Zur Frage 5:

Da die Landesregierung bislang noch keine Entscheidung getroffen hat, wo eine Rückführung der Förderung anhand der Kriterien erfolgen soll, kann sie auch keine Auswirkungen für einzelne Träger benennen. Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ist es jedoch nicht möglich, im Vorhinein bestimmte Trägergruppen außen vor zu lassen. Die Landesregierung hat bislang nur davon abgesehen, den Träger Frauenwürde bei der Kürzung zu berücksichtigen, da der Träger nur zwei Vollzeitstellen vorhält und eine Kürzung unmittelbar den Träger in seiner Existenz gefährden würde. Vor dem Hintergrund der Sicherstellung eines pluralen Angebots hält die Landesregierung dies nicht für zielführend.

Irene Alt  
Staatsministerin